

MARKDORF

Volksbegehren „Rettet die Bienen“ ist Stadtgespräch

 LESEDAUER: 4 MIN

Unter der Leitung von Volker Mayer-Lay diskutieren über das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ Thomas Heilig, Ulfried Miller, Raimund Haser und Katja Röser (von links). (Foto: brigitte walters)

2. Dezember 2019



BRIGITTE WALTERS

Drucken

Im Rahmen der Markdorfer Stadtgespräche hatte der CDU-Stadtverband zu einer Diskussion über die Auswirkungen des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ auf die heimische Kulturlandschaft, den Artenschutz und die Landwirtschaft am Freitag ins Obertor eingeladen. Für die verschiedenen Interessengruppen diskutierten der CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser aus Wangen, der Geschäftsführer des BUND-Regionalverbandes **Ulfried Miller**, Thomas Heilig, Demeter-Landwirt aus

Baverndorf, und Katja Röser von der Obstgemeinschaft Bodensee. Die Moderation der Diskussion, zu der etwa 50 Besucher gekommen waren, hatte CDU-Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay übernommen.

Kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten und die Erhöhung des Anteils an biologisch bearbeiteter Fläche, nannte Mayer-Lay als wichtigste Punkte des Volksbegehrens. Das sei ein Gesetzesvorschlag der nur komplett oder gar nicht übernommen werden kann, fügte Raimund Haser hinzu. Nach seiner Meinung könne man Naturschutz nur gemeinsam mit den Landwirten betreiben. Die Landesregierung habe die Initiative ergriffen und ein Eckpunkte-Papier erarbeitet und die Initiatoren des Volksbegehrens überzeugt, dies bis Weihnachten ruhen zu lassen.

Das Eckpunkte-Papier schlage eine Reduzierung des Pestizid-Einsatzes vor, dabei bezieht sich die Berechnung auf die Menge, nicht wie bisher auf die Fläche. Die Bioland-Quote solle erhöht werden, sofern es der Markt zulässt. Es gebe einen Rückgang der Artenvielfalt bei Vögeln und Insekten, stellte Ulfried Miller fest. Dafür gebe es viele Ursachen, so der große Flächenverbrauch, die Landwirte seien nicht die alleinigen Verursacher. Deshalb seien auch die Kommunen, die privaten Gartenbesitzer und die Bahn gefordert. Ebenso müsse das Problem der fairen Bezahlung der Landwirte für ihre Produkte in Angriff genommen werden.

Das Verbot von Pflanzenschutzmitteln betreffe auch die Biolandwirte, verdeutlichte Katja Röser, es gehe um synthetische und pflanzliche Stoffe. Rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche am **Bodensee**, wäre davon betroffen. Die Landwirte bezweifeln, dass der Artenrückgang allein am Pflanzenschutz liegt, erklärte Thomas Heilig, auch die Veränderungen in der Landschaft könnten dazu beitragen. Für Landwirte mit Sonderkulturen wie Obst und Wein wäre ein Verzicht auf Pflanzenschutz nicht machbar. Der Ausbau von Öko-Landbau sei äußerst schwierig, da der Bio-Markt sehr sensibel sei, es gebe jetzt bereits Überproduktion.

In der anschließenden Diskussion gab es Einigkeit darüber, dass alle Betroffenen an der Lösung des Problems zu beteiligen sind. Es gelte auch beim Artenschutz die Ausgleichsflächen und die Erreichung von Öko-Punkten mit einzubeziehen, erklärte Haser. Einer der Zuhörer stellte fest, dass der Verbraucher der Verursacher sei, der sollte wesentlich bewusster einkaufen und regionale Produkte bevorzugen.



0 Kommentare